



Interviews

Datum: 19. September 2022

Michael Müller im Gespräch mit Stefan Heinlein

Stefan Heinlein: Zwei Jahrzehnte verteidigte die Bundeswehr unsere Sicherheit am Hindukusch. 59 deutsche Soldaten verloren dabei ihr Leben in Afghanistan. Mehr als 90.000 Soldaten und Soldatinnen waren über lange Monate dort stationiert. – Einige Zahlen, die belegen: Afghanistan war bislang der mit Abstand größte und wichtigste Auslandseinsatz der Bundeswehr. Umso bitterer das Scheitern der internationalen Mission vor gut einem Jahr. Viele außen- und sicherheitspolitische Fragen sind seither unbeantwortet. In dieser Woche beginnen gleich zwei Gremien des Bundestages mit der Suche nach Antworten: Am Donnerstag ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss und heute bereits die konstituierende Sitzung einer Enquête-Kommission. Deren designierter Vorsitzender ist der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Müller, ehemals Regierender Bürgermeister von Berlin. Guten Morgen, Herr Müller.

Michael Müller: Schönen guten Morgen! – Hallo.

Heinlein: Warum braucht es einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss und zusätzlich eine Enquête-Kommission?

Müller: Ja, da war man sich während der Koalitionsverhandlungen sehr schnell einig, dass beide Gremien wichtig sind. Der Untersuchungsausschuss wird sich mit den letzten anderthalb bis zwei Jahren des Einsatzes und vor allen Dingen mit dem wirklich unrühmlichen Abzug aller Verbündeten auseinandersetzen. Wer hat dafür auch Verantwortung zu übernehmen? Wie ist die Kommunikation gelaufen? Wie sind auch Schlussfolgerungen noch für die Ortskräfte zu ziehen, die ja teilweise noch vor Ort sind? – Die Enquête-Kommission wird im Unterschied dazu die gesamten 20 Jahre des Einsatzes beleuchten, sich vor allen Dingen auch mit dem vernetzten Ansatz von militärischer, ziviler und humanitärer Hilfe auseinandersetzen, und möchte die Schlussfolgerung ziehen für andere Einsätze, wo wir jetzt schon engagiert sind oder in Zukunft engagiert sein werden.

Heinlein: Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands – so lautet der offizielle Titel Ihrer Enquête-Kommission. Das klingt in der Tat akademisch, wie ein Oberseminar, wenn man so will, an der Uni. Wie handfest werden Sie denn über das Versagen der deutschen und internationalen Politik in Afghanistan diskutieren?

Müller: Ja, ein akademischer Titel vielleicht, aber es geht um ganz praktische Schlussfolgerungen auch schon jetzt für die Situationen, in denen wir uns befinden. Wir haben Soldatinnen und Soldaten in Mali, wir haben sie im Irak, wir arbeiten auch wiederum vor Ort mit zivilen und humanitären Institutionen zusammen und es darf ja nicht wieder das passieren, was wir von den Bildern aus Afghanistan kennen, dass es möglicherweise überhasteten Abzug gibt, dass nicht klar ist, wie geht es vor Ort weiter. Insofern ist es richtig, sich frühzeitig damit auseinanderzusetzen: Erreichen wir eigentlich wirklich auch die Institutionen vor Ort, die Menschen vor Ort, mit denen wir ja zusammenarbeiten müssen, um dauerhaft eine Situation zu stabilisieren und zu verbessern? Wie greifen die Institutionen ineinander? Hat die Bundeswehr überhaupt die Chance, gegebenenfalls auch alleine agieren zu können, oder ist sie immer abhängig von anderen internationalen Partnern? – Das sind Dinge, die auch jetzt in Einsätzen schon eine Rolle spielen, und wenn sie nicht auf alle Ewigkeit sein sollen, müssen wir auch jetzt schon die Lehren aus Afghanistan ziehen.

Heinlein: Um noch einmal auf den Unterschied zwischen Untersuchungsausschuss und Enquête-Kommission zu sprechen zu kommen, Herr Müller: Ist der Untersuchungsausschuss – kann man das sagen – ein Gremium für den politischen Schlagabtausch und - es klingt ein wenig an - die Enquête-Kommission spielt eher im Team „Wissenschaft und Analyse“?

Müller: Ja, ein Untersuchungsausschuss ist mit Sicherheit immer eher ein Gremium, wo auch Parteipolitik eine Rolle spielt. Da muss man nicht drum herumreden. Hier gibt es auch ein parteiübergreifendes Interesse, die Situation aufzuarbeiten. Das spürt man bei allen Fraktionen. Aber mit Sicherheit spielt Parteipolitik da eine Rolle.

In der Enquête-Kommission – Sie haben recht: Es ist doch ein anderes Klima in aller Regel, weil wir ja neben den Abgeordneten in der Enquête-Kommission auch ständige Mitglieder aus der Wissenschaft haben oder aus Institutionen, die direkt gefordert waren. Wir zum Beispiel haben als SPD-Fraktion als einen Experten einen ständigen Experten in der Zusammenarbeit auch benannt, den Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, um auch diese Expertise einfließen zu lassen, genauso wie eine Wissenschaftlerin vom Friedensforschungsinstitut aus Hamburg. Das heißt, dass in aller Regel die Beratungen tatsächlich nicht ein politischer Schlagabtausch sind, sondern sehr an der Sache orientiert zu verfolgen sein werden.

Heinlein: Herr Müller, alle Mitglieder der Enquête-Kommission und auch alle Experten, die Sie gerade erwähnt haben, sind meines Wissens nach deutsche Bundesbürger. Lässt sich denn über Afghanistan reden, über das Versagen der internationalen Politik, ohne mit den Afghanen zu reden?

Müller: Das kann und wird ja trotzdem stattfinden. Wir haben jetzt über die ständigen Mitglieder gesprochen für die nächsten zwei, drei Jahre, die permanent sich miteinander austauschen. Aber es wird ja auch punktuelle Anhörungen geben, wo wir vielleicht auch von der NATO, von amerikanischen Verbündeten oder erst recht von Ortskräften oder Afghaninnen und Afghanen direkt auch noch mal erfahren, wie sie die Situation eingeschätzt haben und heute im Rückblick auch einschätzen. Das eine schließt das andere nicht aus.

Heinlein: Lassen sich vor diesem Hintergrund, den Sie gerade geschildert haben, denn die Arbeitsbereiche zwischen Untersuchungsausschuss und Enquête-Kommission messerscharf trennen, oder gibt es da, wenn ich Sie jetzt gerade höre, durchaus Überschneidungen?

Müller: Ja, da gibt es auch fließende Übergänge. Messerscharf trennen kann man das mit Sicherheit nicht. Wir werden auch in der Enquête-Kommission über den Abzug reden, aber insgesamt haben wir eine andere Schwerpunktsetzung. Wenn wir die gesamten 20 Jahre beleuchten, dann geht es auch darum, wie haben sich über die 20 Jahre die Aufträge für die Bundeswehr und für die anderen Partner verändert, wie wurden die Ziele evaluiert, wie hat man innerhalb der 20 Jahre auch die Rückkopplung mit den politischen Entscheidungsträgern gehabt im Bundestag, in der Bundesregierung. Das beleuchten wir für den gesamten Zeitraum, der Untersuchungsausschuss nicht. Aber Sie haben recht, es wird da auch Schnittstellen geben.

Heinlein: Sie wollen nicht nur zurückgucken und bewerten, sondern, wenn ich das richtig verstehe – und das haben Sie auch gesagt –, praxisnah Lehren für zukünftige ...

Müller: Vor allem darum geht es.

Heinlein: ... vor allem zukünftige Auslandseinsätze formulieren. Herr Müller, ohne den Ergebnissen vorgreifen zu wollen: Haben Sie eine Ahnung, in welche Richtung es gehen könnte?

Müller: Na ja, es hat ja Vorgespräche gegeben und es zeichnen sich zwei, drei Dinge ab, die vertieft untersucht werden müssen. Erstens haben wir uns offensichtlich vor dem Einsatz gar nicht hinreichend mit Kultur und Geschichte des Landes auseinandergesetzt. Vielleicht war es auch nicht möglich, weil es ein schnelles Eingreifen erforderte: der Kampf gegen den Terror, der zu Beginn des Einsatzes im Mittelpunkt stand. Aber Kultur und Geschichte spielen eine große Rolle.

Wir haben dann auch Dinge erfolgreich umsetzen können, haben aber offensichtlich zu sehr auf die großen Städte geguckt, wo vieles möglich war. Das riesige Land mit seiner Bevölkerung wurde aber offensichtlich gar nicht hinreichend erreicht. Und eine Weiterentwicklung des ursprünglichen Einsatzes und Auftrages mit neuen Zielerreichungen wurde offensichtlich auch nicht hinreichend evaluiert. Insofern: Es zeichnen sich schon Dinge ab, die eine Rolle spielen werden, aber wir werden über die nächsten zwei, drei Jahre sehen, ob auch andere Dinge eine entsprechende Relevanz haben, oder ob das, was ich gerade genannt habe, vielleicht doch gut weiterverfolgt werden konnte und ganz andere Themen noch in der Zukunft eine Rolle spielen werden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.